

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler am 22.05.2007 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.00 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Mohr, Christoph, **als Vorsitzender**
Beckers, Rolf
 für Deserno, Hans-Dieter
Feldeisen, Willy
Fritsch, Dieter
 für Theil, Hans-Erich
Hüttner, Manfred
Laufer, Jürgen
Lux, Heiko
Mandelartz, Alfred
Neumann, Georg
 für Geller, Thomas
Neumann, Nico
 für Derichs, Hubert
Nohr, Jens
Schmidt, Kathi
Schmitz, Andreas
 für Menke, Wilfried
Schöneborn, Christian
Zillgens, Bruno

b) beratendes Mitglied:

Nüßer, Hans

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
StAR Hartrampf
StA Schröter als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 10.05.2007 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung und der Presse.

T A G E S O R D N U N G :**A) Öffentliche Sitzung**

1. Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 06.03.2007
2. ÖPNV-Konzept;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2007
3. Radverkehr im Stadtgebiet Baesweiler
4. Ausweisung von Fußgängerüberwegen im Stadtgebiet Baesweiler;
hier: 1. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2007
2. Anträge der SPD-Fraktion vom 12.03. und 26.03.2007
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

7. Vertragsgestaltung zur Einsammlung und Abfuhr des Hausmülls im Stadtgebiet Baesweiler
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung**1. Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 06.03.2007**

Die Niederschrift über die Sitzung des Verkehrs- und Umweltausschusses vom 06.03.2007 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

**2. ÖPNV-Konzept:
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2007**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage und hob hierbei hervor, dass bei der Verwaltung in den letzten Jahren kein Bedarf an zusätzlichen Linien - weder im Verkehrs- und Umweltausschuss noch von seiten der Bürgerschaft - angemeldet worden sei, sodass man davon ausgehe, dass die wesentlichen Ziele und Quellen im Stadtgebiet Baesweiler abgedeckt sind.

Dennoch werde die Verwaltung die Entwicklungen, insbesondere hinsichtlich des Gewerbegebietes und des Carl-Alexander-Parks, in den nächsten Jahren im Blick behalten, um gegebenenfalls bei einer erhöhten Nachfrage entsprechend das ÖPNV-Angebot anzupassen.

Ausschussmitglied Nohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass er das derzeitige ÖPNV-Konzept der Verwaltung für bedarfsgerecht halte. Seine Fraktion stimme mit der Verwaltung überein, die Entwicklungen im Bereich Gewerbegebiet und Carl-Alexander-Park zu beobachten und im Bedarfsfall das Linienangebot anzupassen.

Ausschussmitglied Mandelartz machte für die SPD-Fraktion deutlich, dass der Antrag nicht darauf abziele, neue Linien zu fordern, sondern dass man das derzeitige ÖPNV-Konzept aufgrund von Veränderungen im Stadtgebiet Baesweiler entsprechend optimiert. Als Beispiel führte er an, dass in verschiedenen Stadtteilen neue Baugebiete entstanden seien, die in ihren Querverbindungen nicht optimal angebunden seien. Aus seiner Sicht könnte hier eine Anbindung durch die Linie BW 1 vorgenommen werden. Ferner könnte auch durch die BW 1 eine verbesserte Vertaktung von diesen Stadtteilen zum Gewerbegebiet ermöglicht werden. Er verwies auf die Stadt Alsdorf, in der durch die Linie 28 das Gewerbegebiet alle 30 Minuten angefahren werde und die Linie auch durch das Gewerbegebiet führe. Er forderte daher auch für das Baesweiler Stadtgebiet eine bessere Vertaktung und flexiblere Lösungen für die Arbeitnehmer in Baesweiler.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er ebenfalls Handlungsbedarf beim ÖPNV sehe. Er hob hervor, dass der Schülerverkehr bis auf einige Ausnahmen funktioniere, aber insbesondere die Anbindung an das Baesweiler Gewerbegebiet noch mehr angepasst werden müsse. Derzeit würde das Gewerbegebiet nur durch die Linie 71 stündlich bedient werden. Die Anschlusszeiten an andere Linien, die die Arbeitnehmer dann von Baesweiler nach Hause bringen würden, lägen derart ungünstig, dass nur wenige den Bus nutzen würden. Es sei derzeit so, dass man mit dem PKW schneller zur Arbeit fahren könne als mit dem ÖPNV. Möglicherweise würde der Einsatz eines Shuttle-Busses zu einer Verbesserung führen.

Hinsichtlich einer besseren Anbindung des Carl-Alexander-Parks erklärte Herr Beckers, dass er derzeit - wie die Verwaltung - keinen Handlungsbedarf sehe, da dieser durch verschiedene Linien erreichbar sei.

Herr Beckers verwies darauf, dass die derzeitige 30-Minuten-Vertaktung der Linie 51 nach Aachen und zurück nicht bedarfsgerecht sei und daher wieder zum 15-Minuten-Takt gewechselt werden sollte. Insbesondere zu den Stoßzeiten des Berufsverkehrs würde eine 15-Minuten-Vertaktung sinnvoll sein.

Ferner kritisierte er die Fahrpreiserhöhungen in den vergangenen Jahren. Seiner Meinung nach könne man nicht von einer moderaten Erhöhung sprechen.

Darüber hinaus äußerte sich Herr Beckers zu der angesprochenen Verbindung der einzelnen Stadtteile dahingehend, dass eine stündliche Vertaktung zu diesen zu wenig sei. Insbesondere Berufstätige müssten eine bessere Anbindung haben. Weiter kritisierte er, dass in den Abendstunden sowie an Wochenenden so gut wie gar keine Anbindung zu den einzelnen Baesweiler Stadtteilen existiere.

Insgesamt gesehen fordere seine Fraktion eine bessere Vernetzung innerhalb des Stadtgebietes, sodass er dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen könne.

Ausschussmitglied Nüßer forderte für die FDP-Fraktion ebenfalls eine bessere Vertaktung der Linie 51 in Richtung Aachen. Insbesondere machte er darauf aufmerksam, dass die Linie 51 zu den Stoßzeiten zu voll sei. Ferner wies er darauf hin, dass sonntags keine Anbindung nach Geilenkirchen bestehe. Schließlich kritisierte er das Tarifsystem beim Anrufsammeltaxi, das nicht für jedermann nachvollziehbar sei.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch führte aus, dass man sicherlich viele Maßnahmen auflisten könne, die aus individueller Sicht beim ÖPNV verbesserungswürdig sein könnten. Allerdings müsse beachtet werden, dass der ÖPNV auch wirtschaftlich arbeiten müsse. Es müsse eine Balance geschaffen werden zwischen einem bedarfsgerechten Angebot und den Kosten, die in den vergangenen Jahren explodiert seien. Insbesondere drastisch gestiegene Energiekosten und nicht mehr zur Verfügung stehende Bundes- und Landesmittel in Millionenhöhe würden dazu führen müssen, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vertretbare Lösungen beim ÖPNV zu finden.

Er verwies darauf, dass gerade bezüglich des Gewerbegebietes verschiedene Befragungen durchgeführt worden seien hinsichtlich einer besseren Anbindung für die Arbeitnehmer. Aufgrund der unterschiedlichen Arbeitszeiten und unterschiedlichen Wohnorte sei es aber nicht möglich, für jeden eine Lösung zu finden. Es sei daher mit der Linie 71 ein Grundgerüst geschaffen worden, das den Arbeitnehmern zur Verfügung stehe und eine vertaktete Anbindung des Gewerbegebietes sowie die Anbindung an die Deutsche Bundesbahn sicherstelle.

Hinsichtlich der Verschiebung der 30-Minuten-Vertaktung auf eine 15-Minuten-Vertaktung der Linie 51 in Richtung Aachen erklärte Herr Strauch, dass Verkehrserhebungen des AVV in der Vergangenheit - aufgrund geringerer Auslastung - zu einer Reduzierung der Taktzeiten geführt hätten. Er führte an, dass derzeit die Linienbetreiber aus wirtschaftlichen Gründen eher dazu tendierten, Fahrten, die gering frequentiert seien, zu streichen, als zusätzliche wieder aufzunehmen, sodass eine Änderung des derzeitigen 30-Minuten-Taktes bei der Linie 51 auf einen 15-Minuten-Takt sicherlich auch unter Kostengesichtspunkten nicht umsetzbar sei.

Ausschussmitglied Mandelartz bat für die SPD-Fraktion zu überprüfen, ob aus wirtschaftlicher und zeitlicher Sicht eine Verknüpfung der Orte Oidtweiler, Beggendorf, Loverich, Setterich und Baesweiler durch die Linie BW 1 möglich sei. Vielleicht sei auch eine zeitliche Verknüpfung mit der Linie 71 möglich, sodass eine bessere Anbindung des Gewerbegebietes entstehen könne.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete hierauf, dass die von Herrn Mandelartz erbetene Überprüfung bereits vor einigen Jahren durch den zuständigen Linienbetreiber, der WestEnergie, vorgenommen worden sei. Als Ergebnis sei festgestellt worden, dass diese Linienführung unattraktiv sei, da hauptsächlich Schüler die BW 1 nutzen würden.

Eine solche Verknüpfung würde dazu führen, dass Schüler die BW 1 nicht mehr nutzen würden, da derartige Fahrten eine unzumutbare Verlängerung der Fahrzeiten für die Schüler bedeuten würde und damit auch kaum zusätzliche Nutzer zu gewinnen seien.

Aus wirtschaftlichen Gründen wurde daher diese Linienführung von der WestEnergie abgelehnt.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass seiner Meinung nach mit dem AVV eine Lösung gesucht werden müsse, um das Gewerbegebiet Baesweiler besser anzubinden. Seiner Auffassung nach könne dies nur durch eine unkomplizierte Anbindung an die Linie 51 ohne Wartezeiten geschehen.

Er machte daher den Vorschlag, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem AVV nach Lösungsmöglichkeiten für eine bessere Anbindung des Gewerbegebietes - gestützt auf eine Vertaktung mit der Linie 51 - zu suchen und entsprechende Kosten zu ermitteln.

Ausschussmitglied Mandelartz beantragte für die SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag wie folgt abzuändern:

„Der Verkehrs- und Umweltausschuss stellt fest, dass ein gesamtheitliches ÖPNV-Erschließungskonzept für die Stadt Baesweiler existiert und sich bedingt bewährt hat. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Anpassung des ÖPNV-Angebotes zu erarbeiten.“

Sodann stellte der Vorsitzende den vorgenannten SPD-Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss lehnte mit 4 Ja-Stimmen und 11-Nein-Stimmen den vorstehenden Beschlussvorschlag ab.

Sodann stimmte der Ausschuss über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, der den Beschlussvorschlag der Verwaltung inbehaltet und darüber hinaus vorsehen soll, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem AVV nach Lösungsmöglichkeiten für eine bessere Anbindung des Gewerbegebietes Baesweiler zu suchen. Hierbei soll eine günstige Vertaktung mit der Linie 51 vorgenommen werden. Die entsprechenden Lösungen und ermittelten Kosten sollen dem Ausschuss mitgeteilt werden.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss lehnte mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen den vorstehenden Antrag ab.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss stellte daraufhin mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen fest, dass ein gesamtheitliches ÖPNV-Erschließungskonzept für die Stadt Baesweiler existiert und sich bewährt hat.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, zukünftige Entwicklungen im Gewerbegebiet bzw. im Bereich des Carl-Alexander-Parkes zu beobachten und - falls erforderlich - Vorschläge zur Anpassung des ÖPNV-Angebotes zu erarbeiten.

3. Radverkehr im Stadtgebiet Baesweiler

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes ausführlich die Verwaltungsvorlage.

Hinsichtlich der Thematik der Ausweisung von Fußgängerüberwegen an Kreisverkehrsplätzen ergänzte er, dass zwischenzeitlich eine Stellungnahme der Polizei vorliege. Die Polizei sehe zwar die Ausweisung von Fußgängerüberwegen an Kreisverkehren skeptisch, würde allerdings der probeweisen Ausweisung am Kreisverkehr B 57/Jülicher Straße/Max-Beckmann-Straße zustimmen.

Allerdings müsse seitens des Landesbetriebes Straßenbau noch geprüft werden, ob die derzeitigen Querungshilfen an dem vorgenannten Kreisverkehr vergrößert werden müssen. Derzeit würden noch Abstimmungsgespräche zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau und der Verwaltung stattfinden.

Ausschussmitglied Nohr erklärte, dass die CDU-Fraktion die vorgeschlagene Signalisierung an dem Knoten Ludwig-Erhard-Ring/Siegenkamp befürworte, damit endlich eine sichere Querungsmöglichkeit geschaffen werde.

Ferner führte er an, dass seine Fraktion weiterhin aus den bekannten Gründen die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung in der Kück-, Löffel- und Kirchstraße ablehne.

Ansonsten werde man den Beschlussvorschlägen zustimmen.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte für die SPD-Fraktion, dass seine Fraktion die Ausweisung eines Fußgängerüberweges an dem Kreisverkehr B 57 / Jülicher Straße befürworte. Gerade im Hinblick auf die vielen Schulkinder, die in diesem Bereich die Fahrbahnen queren, sei die Ausweisung eines Fußgängerüberweges sinnvoll.

Ferner führte Herr Zillgens an, dass seine Fraktion die Gründe, die gegen eine Aufhebung der Einbahnstraßenregelung im Innenstadtbereich genauso sehe, wie die Verwaltung. Die genannten Bereiche, an denen die Fahrbahn zu eng sei, seien sicherlich ein Sicherheitsrisiko für die Radfahrer.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass seit Antragstellung zur Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden NRW“ im Jahre 1997 es einige positive Veränderungen im Stadtgebiet für den Radverkehr gegeben habe, auch wenn einige Maßnahmen erst sehr spät umgesetzt worden seien, wie beispielsweise die Einfädelspur auf der Geilenkirchener Straße.

Wesentliche Teile des vor Jahren erstellten Radverkehrskonzeptes seien seinerzeit beschlossen und auch umgesetzt worden.

Er kritisierte allerdings, dass Maßnahmen an Bundes- und Landesstraßen aufgrund der Weigerung des Straßenbulasträgers, dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, nicht umgesetzt werden konnten. Insbesondere verwies er darauf, dass der Landesbetrieb Umgehungsstraßen baue, ohne entsprechende Radwege daran anzuschließen.

Ferner beklagte er, dass die Unterhaltung bestehender Radwege an Bundes- und Landesstraßen nur sehr unzureichend sei. Dies führe dazu, dass diese Radwege nicht mehr genutzt werden könnten. Als Beispiel führte er den Radweg entlang der L 225 zwischen Baesweiler und Übach-Palenberg an.

Hinsichtlich der einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen in der Verwaltungsvorlage fragte Herr Beckers an, zu welchem Zeitpunkt die Signalisierung an dem Knoten Ludwig-Erhard-Ring/Siegenkamp umgesetzt werde.

Hinsichtlich der Schutzstreifen auf der Aachener Straße beantragte Herr Beckers, diese sofort umzusetzen und nicht zu warten, bis die B 57n gebaut sei. Da der Kfz-Anteil auf der Aachener Straße seiner Meinung nach auch nach dem Bau der B 57n nicht abnehmen werde, könne eine Markierung auch jetzt vorgenommen werden.

Bezüglich der Aufhebung der Einbahnstraßen im Innenstadtbereich Baesweiler beantragte er, den Beschlussvorschlag derart abzuändern, dass der Ausschuss sich für eine Aufhebung ausspricht. Sicherlich gebe es Engstellen entlang dieses Streckenbereiches. Da aber der überwiegende Teil dieser Strecke innerhalb des verkehrsberuhigten Bereiches liegen würde, erscheine ihm eine Aufhebung sinnvoll.

Darüber hinaus fragte Herr Beckers an, ob bekannt sei, welche Meinung die Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich der fehlenden Radwegeverbindungen zwischen den einzelnen Stadtteilen Loverich - Puffendorf, Beggendorf - Loverich oder Beggendorf - Übach-Palenberg habe. Hier sehe er Handlungsbedarf, um diese Stadtteile schnell und sicher zu verbinden.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete zu den Ausführungen von Herrn Beckers, dass sicherlich einige Maßnahmen an Bundes- und Landesstraßen aufgrund der Einwände des Landesbetriebes Straßenbau nicht umgesetzt werden konnten. Aber man habe auch an einigen Stellen Lösungsmöglichkeiten gefunden, die beiden Seiten gerecht wurden.

Hinsichtlich der Ausweisung von Schutzstreifen auf der Aachener Straße führte er an, dass der Landesbetrieb Straßenbau als zuständiger Straßenbulasträger sich derzeit weigere, derartige Schutzstreifen anzulegen und daher für die Stadt zurzeit keine Möglichkeit bestehe, diese Maßnahme umzusetzen.

Hinsichtlich der Umsetzung der Signalisierung an dem Knoten Ludwig-Erhard-Ring/Siegenkamp teilte Herr Strauch mit, dass die Lichtsignalanlage im Planfeststellungsverfahren für die L 50n enthalten sei. Die Verwaltung habe den Landesbetrieb Straßenbau mehrfach gebeten, die Lichtsignalanlage bereits unmittelbar nach Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses und damit vor dem Bau der L 50n einzurichten.

Er hoffe, dass nach der Feststellung des Beschlusses der L 50 n entsprechende Mittel für die Umsetzung der Signalisierung bereit gestellt werden.

Hinsichtlich der Anfrage von Herrn Beckers, wie die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden zu den Verbindungen der einzelnen Stadtteile in Baesweiler stehen würde, antwortete Herr Strauch, dass dies nicht mit der Arbeitsgemeinschaft thematisiert worden sei.

In dem Radwegekonzept der Stadt Baesweiler sei allerdings auf verschiedene Alternativrouten hingewiesen worden, die sicherlich attraktiver seien. An Stellen, an denen keine Alternativrouten bestehen, habe und werde die Stadt Förderanträge zum Bau von Radwegen stellen. Als Beispiel nannte er die Radwegeverbindung zwischen Loverich und Puffendorf entlang der Lovericher Straße und Beggendorf und Übach-Palenberg entlang der Hubertsstraße.

Beschluss:

a) Die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses befürworteten einstimmig die Schaffung einer Lichtsignalanlage an dem Knoten Ludwig-Erhard-Ring/Siegenkamp, die zusätzlich Druckknöpfe für querende Radfahrer und Fußgänger über den Ludwig-Erhard-Ring erhalten soll.

b) Sodann stimmte der Ausschuss über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, der wie folgt lautete:
„Die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses beauftragen die Verwaltung, die Markierung von Schutzstreifen auf der Aachener Straße sofort umzusetzen.“
Der Ausschuss lehnte mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen diesen Antrag ab.

Weiterhin beschloss der Ausschuss mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, die Verwaltung zu beauftragen, nach dem Bau der B 57n und der damit verbundenen Abstufung der derzeitigen B 57 ein Konzept zur Markierung von Schutzstreifen auf der Aachener Straße zu erstellen, das dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt wird.

c) Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt stimmten daraufhin über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, der vorsah, sich für die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer in der Kück-, Löffel- und Kirchstraße auszusprechen. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme und 14 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann sprach sich der Ausschuss mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme gegen die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer in der Kück-, Löffel- und Kirchstraße aus.

d) Der Verkehrs- und Umweltausschuss beauftragte einstimmig die Verwaltung, in der Straße „An der Waad“ Schutzmarkierungen für Radfahrer auszuweisen.

- e) Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beauftragte einstimmig die Verwaltung, einen neuen Antrag zur Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW“ zu stellen.

**4. Ausweisung von Fußgängerüberwegen im Stadtgebiet Baesweiler;
hier: 1. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2007
2. Anträge der SPD-Fraktion vom 12.03. und 26.03.2007**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und hob hervor, dass die einzelnen beantragten Querungshilfen auch mit der Polizei abgestimmt worden seien und diese dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt habe.

Ausschussmitglied Nohr beantragte für die CDU-Fraktion, die Punkte 2 und 3 zurückzustellen und die Verwaltung zu beauftragen, zu überprüfen, ob an der Querungshilfe Hauptstraße/Andreasstraße oder Hauptstraße/Höhe kath. Kirche ein neuer Fußgängerüberweg ausgewiesen werden könne. Im Gegenzug soll der bereits bestehende Fußgängerüberweg auf der Hauptstraße in Höhe der Schmiedstraße wegfallen.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er sehr wohl einen Bedarf für einen Fußgängerüberweg auf der Hauptstraße in Höhe der Emil-Mayrisch-Straße sehe. Die beiden Bushaltestellen, die in diesem Bereich vorhanden sein, würden von vielen Schülern genutzt, die durch die Ausweisung eines Fußgängerüberweges sicherer die Straße queren könnten.

Ebenso sehe seine Fraktion einen Bedarf für einen Fußgängerüberweg auf der Kapellenstraße in Höhe der Straße „Im Kirchwinkel“. Hier würden viele Schüler der Hauptschule und des Gymnasiums die Straße queren. Auch würde dieser zusätzliche Fußgängerüberweg älteren Menschen die Möglichkeit geben, die Straße leichter zu passieren.

Ausschussmitglied Zillgens teilte für die SPD-Fraktion mit, dass seine Fraktion ebenfalls einen Bedarf für die Ausweisung von Fußgängerüberwegen auf der Hauptstraße in Höhe der Emil-Mayrisch-Straße und der Kapellenstraße in Höhe der Straße „Im Kirchwinkel“ sehe, da die an diesen beiden Stellen bereits bestehenden Querungshilfen von vielen Schülern genutzt würden. Ferner schlug er vor, die Eltern zu fragen, an welchen Stellen Fußgängerüberwege ausgewiesen werden sollen.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch verdeutlichte nochmals, dass gesetzlich klar vorgeschrieben sei, dass zwischen den einzelnen Fußgängerüberwegen ein Mindestabstand von 300 m bestehen müsse, um zu vermeiden, dass nicht an jeder beliebigen Stelle ein Fußgängerüberweg entstehe. So sei es gesetzlich nicht zulässig, auf der Kapellenstraße in Höhe der Straße „Im Kirchwinkel“ einen Fußgängerüberweg auszuweisen, da in weniger als 300 m Entfernung ein Fußgängerüberweg in Höhe der Peterstraße bestehe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beschloss einstimmig, einen Fußgängerüberweg auf der Hauptstraße/Johannesstraße auszuweisen. Vor Ausweisung dieses Fußgängerüberweges ist durch die Verwaltung die Zustimmung des zuständigen Straßenbaulastträgers einzuholen.

Weiterhin beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, zu überprüfen, ob an den beiden Querungshilfen Hauptstraße/Andreasstraße oder Hauptstraße/Höhe kath. Kirche ein Fußgängerüberweg ausgewiesen werden könne. Im Gegenzug soll der Fußgängerüberweg auf der Hauptstraße in Höhe der Schmiedstraße entfallen. Das Ergebnis der Überprüfung wird dem Ausschuss mitgeteilt.

Der Ausschuss lehnte mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen die Anlegung eines Fußgängerüberweges auf der Hauptstraße in Höhe der Emil-Mayrisch-Straße ab.

Die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses beauftragten einstimmig die Verwaltung, einen Fußgängerüberweg in der Wolfsgasse in Höhe der Andreasschule auszuweisen.

Sodann lehnte der Ausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen die Ausweisung eines Fußgängerüberweges auf der Kapellenstraße in Höhe der Straße „Im Kirchwinkel“ ab.

5. Mitteilungen der Verwaltung

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte, dass die Polizei in den vergangenen Wochen verstärkt in der Emil-Mayrisch-Straße Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt und festgestellt habe, dass hier zu schnell gefahren werde. Die Verwaltung habe daher vor, kurzfristig zu reagieren und in der Emil-Mayrisch-Straße zwischen Hauptstraße und der Straße „Im Bongert“ zwei Fahrbahnschwellen aufzubringen, um somit den hohen Geschwindigkeiten entgegenzuwirken. Sofern aus dem Ausschuss keine Bedenken gegen die kurzfristige Ausweisung bestünden, würde die Verwaltung die beiden Schwellen entsprechend einbauen lassen.

Bedenken gegen diese Verfahrensweise wurden von Ausschussmitgliedern nicht erhoben.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Ausschussmitglied Nüßer erklärte, dass die vor einiger Zeit ausgewiesenen Parkplätze in der Puffendorfer Straße nicht beachtet würden. Insbesondere würden immer noch viele Kraftfahrzeughalter aus den Kreisen Düren und Heinsberg dort ihre Fahrzeuge abstellen, um dann mit Fahrgelegenheiten zu ihrer Arbeitsstelle weiterzufahren.

Er bat daher um Überprüfung, ob nicht auf dem dortigen Parkplatz entsprechende Stellplätze für diese Pendler markiert werden könnten.

Ausschussvorsitzender Mohr sagte Herrn Nüßer zu, sich diese Thematik in der nächsten Verkehrskommissionsbereisung anzusehen.

- b) Ausschussmitglied Fritsch fragte an, ob die Ein- und Ausfädelungsspuren auf der Bahnhofstraße neu markiert werden könnten, da diese fast nicht mehr vorhanden seien und daher zugeparkt würden.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte hierzu, dass derzeit eine Markierungsfirma beauftragt sei, entsprechende alte Markierungen auszubessern und dass in diesem Zusammenhang auch die von Herrn Fritsch angesprochenen Radfahrmarkierungen mit erneuert würden.

- c) Ausschussmitglied Fritsch teilte ferner mit, dass entlang des Haldenrundweges verschiedene Bänke stehen, die am Boden mit Splitt eingefasst sind. Ihm sei aufgefallen, dass an diesen Stellen vermehrt Splitt auf dem Haldenrundweg liegen würde und Skater daher an diesen Stellen unfallgefährdet seien, da sie über diese einzelnen Steine stolpern könnten. Er bittet daher um Abhilfe.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch sagte eine Überprüfung zu.